



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. Oktober 2018
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

B 135 B Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2019–2022 mit Entwurf des Voranschlags 2019 - Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2019 des Kantons Luzern / Finanzdepartement

Rahel Estermann zieht den folgenden Antrag 1 zurück:

Antrag Estermann Rahel zu S. übergeordnet: Die Sollarbeitszeit des Staatspersonals ist im Jahr 2019 auf den Stand von 2016 zu reduzieren.

David Roth und Hans Stutz ziehen den folgenden Antrag 2 zurück:

Antrag Roth David/Stutz Hans zu S. 111 / H0-4060 FD – Dienstleistungen Steuern: Erhöhung des Globalbudgets um 0,7 Mio. Franken (Mehraufwand), um Steuerinspektoren anzustellen.

Hans Stutz zieht den folgenden Antrag 3 zurück:

Antrag Stutz Hans zu S. 136 / H0-6680 JSD – Staatsarchiv: Schaffung von drei zusätzlichen Vollzeitstellen für die Erschliessung (270 000 Franken).

Antrag Schuler Josef zu S. 195 / H2-3400 BKD – Berufs- und Weiterbildung: Das Globalbudget Stipendien ist um 1,1 Mio. Franken zu erhöhen.

Josef Schuler: Ich habe bereits bei der AFP-Debatte auf das entsprechende Zitat aus dem AFP 2018–2021 hingewiesen. Ich bitte Sie, das Budget um 1,1 Millionen Franken zu erhöhen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Dieser Antrag ist der PFK nicht vorgelegen.

Rahel Estermann: Die Grüne Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Ich erlaube mir, bei den nachfolgenden Anträgen, die mit dem AFP identisch sind, keine zusätzlichen Ausführungen mehr zu machen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 93 zu 23 Stimmen ab.

Rahel Estermann zieht die folgenden Anträge 5 und 6 zurück:

Antrag Estermann Rahel zu S. 195 / H2-3400 BKD – Berufs- und Weiterbildung: Der Betrag für Stipendien/Darlehen für 2019 ist im Globalbudget auf 10,5 Mio. Franken zu erhöhen.

Antrag Estermann Rahel zu S. 207 / H3-3502 BKD – Kultur und Kirche: Der Betrag für diverse Beiträge zur Förderung von Kunst und Kultur wird für das Jahr 2019 auf 1,8 Mio. Franken angepasst (anstelle 1,62 Mio. Franken).

Antrag Zimmermann Marcel zu S. 206 / H3-3502 BKD – Kultur und Kirche: Die Sparmassnahmen in der Kulturförderung seien fortzuführen. Das Globalbudget sei um 0,62 Mio. Franken zu kürzen.

Marcel Zimmermann: Gemäss dem Finanzleitbild darf die Kulturförderung nicht mehr

wachsen. Die Regierung hat das in den Jahren 2017 und 2018 erkannt und die entsprechenden Anträge der SVP übernommen. Ich erlaube mir, diesen Antrag hier im Rat nochmals zu stellen, weil er in der Kommission mit der knappsten aller Mehrheiten abgelehnt worden ist.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Der Antrag lag der PFK vor und wurde mit 9 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Der Rat lehnt den Antrag mit 83 zu 29 Stimmen ab.

Antrag Meyer Jörg/Reusser Christina zu S. 232 / H5-5041 GSD – Sozialversicherungen: Der Kantonsbeitrag an die individuelle Prämienverbilligung (IPV) ist zu erhöhen. Das Globalbudget ist um 1,3 Mio. Franken zu erhöhen.

Jörg Meyer: Wie ich bereits bei der Debatte zum AFP ausgeführt habe, respektiert die SP die Vorgaben für ein gesetzeskonformes Budget. Da Sie die Anträge für Mehreinnahmen abgelehnt haben, besteht gemäss Schuldenbremse ein Spielraum von 0,9 Millionen Franken. Deshalb ändern wir den Antrag ab und passen die Summe auf 0,9 Millionen Franken an. Wir sind uns darin einig, dass die IPV eine der wichtigsten, wenn nicht sogar die wichtigste familienpolitische Massnahme ist. Diese 900 000 Franken kämen vielen betroffenen Familien zugute. Wir können damit ein Zeichen setzen, dass uns die Menschen in diesem Kanton auch etwas wert sind. Die 900 000 Franken gefährden weder das Budget noch den AFP, und sie stellen auch das Finanzleitbild nicht infrage, sondern sie kommen den Betroffenen direkt zugute.

Christina Reusser: Hier handelt es sich doch um einen vernünftigen Vorschlag, dem wir alle zustimmen können. Von der Erhöhung der IPV um 0,9 Millionen Franken könnten viele Betroffene profitieren. Bei der IPV handelt es sich um ein gutes Instrument, um Armutsprävention leisten zu können. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Dieser Antrag ist der PFK nicht vorgelegen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich habe beim Eintreten gehört, dass die Regierung sehr knapp budgetiert habe und keinen Gestaltungsspielraum übriglasse. Sobald sich aber ein Spielraum von 0,9 Millionen Franken findet – und das bei einem Gesamtbudget von 3,7 Milliarden Franken –, soll der Betrag wieder ausgegeben werden. Wenn wir jeden kleinen Spielraum nutzen, bekommen wir die Lage nicht in den Griff. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 86 zu 32 Stimmen ab.

Antrag PFK zu S. 246 / H6-2050 BUWD – Strassen: Auf die Neuregelung der Mittelverteilung für Strassen und öV ist zu verzichten und das Globalbudget 2019 der Erfolgsrechnung (Ertragsüberschuss) um 6,337 Mio. Franken zu erhöhen (= Verbesserung).

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Die Anträge 8, 9 und 11 gehören zusammen. Es handelt sich um Korrekturmassnahmen, welche die PFK mit der Erarbeitung durch das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement zusammen mit dem Finanzdepartement aufgrund der fallierten Botschaft B 132 vorgenommen hat. Einige meinten, es handle sich dabei um einen buchhalterischen Taschenspielertrick. Dem ist nicht so. Die Massnahmen entsprechen dem Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden (FHG) und dem Finanzleitbild (FLB). Die PFK bittet Sie, den Anträgen zuzustimmen. Alle Fehlmanipulationen, zu denen es durch die Ablehnung der Botschaft B 132 gekommen ist, können dadurch ausgeglichen werden. Zudem wird auch der Antrag der VBK obsolet. Es ist das richtige Vorgehen, um ein gesetzeskonformes Budget zu erhalten.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ihr Rat hat die Botschaft B 132 abgelehnt. Wir haben diese Botschaft entsprechend verbucht, weil wir ja die Planung einstellen. Sie haben diese

Botschaft abgelehnt, und wir haben Ihnen nichts anderes vorgeschlagen, als diese Buchungen wieder rückgängig zu machen. Das Resultat ist das gleiche, wie wenn wir die Botschaft nie aufgelegt hätten. Zusätzlich haben wir in einem Aufgabenbereich das Finanzleitbild etwas geritzt. Wir haben dort eine zusätzliche Erhöhung angebracht. Das ist die Konsequenz der Rückgängigmachung dieser Buchungen. Ich bitte Sie, den Anträgen 8, 9 und 10 zuzustimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 118 zu 0 Stimmen zu.

Antrag PFK zu S. 248 / H6-2050 BUWD – Strassen: Auf die Neuregelung der Mittelverteilung für Strassen und öV ist zu verzichten. Die zurückverschobenen zweckgebundenen Mittel sollen der Investitionsrechnung zufließen. Das Globalbudget 2019 der Investitionsrechnung soll um 6,337 Mio. Franken erhöht werden.

Antrag Roth David zu S. 248 / H6-2050 BUWD – Strassen: Ablehnung Antrag PFK.

David Roth: Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir nicht einfach ein paar Zaubertricks vornehmen können. Aber genau das geschieht nun mit dem Hin- und Herschieben von Geld von der Erfolgs- in die Investitionsrechnung. Es handelt sich dabei um Methoden von Unternehmen, die entweder Geld verstecken oder ein besseres Resultat ausweisen wollen. Das geht nicht. Entweder ändern wir die Spielregeln oder wir verzichten ganz darauf. Wir können der Bevölkerung doch nicht einfach etwas vorgaukeln. Ich wehre mich dagegen, dass wir je nach Situation an unseren Regeln ritzen. Passen Sie die Regeln an, aber machen Sie nicht einfach irgendwelche Tricks. Wir erwarten dasselbe von unseren Bürgern. Wir alle konnten kaum glauben, was uns die Regierung hier vorgelegt hat. Wir müssen ehrlich bleiben und diesen Teil ablehnen.

Adrian Nussbaum: Die CVP hat die Anträge der PFK verstanden. Bei den Anträgen handelt es sich um keinen buchhalterischen Trick. Die Regierung ist bei der Budgetierung davon ausgegangen, dass beim Strassenunterhalt 2019 6,3 Millionen Franken eingespart werden können. Aus diesem Grund hat sie das Globalbudget gekürzt. Weiter hat die Regierung vorgeschlagen, dass das Geld vom Strassentopf in den öV-Topf verschoben wird. Mit dem Nichteintreten auf die Botschaft B 132 haben wir verlangt, dass diese Strassengelder im Strassentopf bleiben. Die Regierung ist nach wie vor der Meinung, dass es die gekürzten 6,3 Millionen Franken beim Strassenunterhalt nicht braucht. Es ist eine unveränderte Einschätzung. Aus diesem Grund hat sie der PFK vorgeschlagen, die 6,3 Millionen Franken zwar im Strassentopf zu belassen, aber nicht für den Strassenunterhalt, sondern um sie in der Investitionsrechnung einzusetzen. Die CVP ist mit diesem Vorschlag einverstanden. Wer den PFK-Antrag ablehnt, fordert für 2019 de facto mehr Geld für den Strassenunterhalt; das ist mehr Geld, als die Regierung vorschlägt und für notwendig erachtet. Ich finde es seltsam, wenn ausgerechnet die SP mehr Geld für den Strassenunterhalt fordert. Ich verstehe die Beweggründe der SP für den Ablehnungsantrag nicht. Ich kann es mir nur so erklären, dass die SP enttäuscht ist, dass das Budget trotz des Nichteintretens auf die Botschaft B 132 aufgeht. Es bestätigt die These, dass es der SP lieber gewesen wäre, wenn wir heute über einen budgetlosen Zustand oder die Aufhebung der Schuldenbremse diskutiert hätten. Die SP hat sich spätestens am 21. Mai 2017 entschieden, bis zu den Wahlen die Probleme lieber zu bewirtschaften, als sie zu lösen. Wenn sie jetzt die Probleme künstlich schaffen will, indem sie mehr Ausgaben für den Strassenunterhalt fordert, scheint mir das etwas abenteuerlich.

Urban Frye: Es macht nur Sinn, die drei Anträge gemeinsam anzunehmen oder abzulehnen. Dabei handelt es sich tatsächlich um keine Tricks, sondern um drei korrekte Buchungssätze. De facto kann man es so verstehen, dass letztlich 6 Millionen Franken in die Investitionsrechnung fließen, bei denen es sich um öV-Gelder handelt. Was war die Alternative? Ohne die drei Buchungssätze hätte man beim öV oder sonst irgendwo 6 Millionen Franken einsparen müssen, um die Schuldenbremse einzuhalten. Die Grüne Fraktion stimmt den drei Anträgen der PFK zu. Wir sind aber der Meinung, dass für die nächsten Jahre eine andere Lösung gefunden werden muss. Für einmal muss ich die Regierung in Schutz nehmen, in diesem Fall liegt die Schuld nicht bei ihr, sondern bei der Mehrheit des bürgerlichen Parlaments.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion stimmt den drei Anträgen der PFK zu. Die Interpretation meiner beiden Vorredner war nicht ganz korrekt. Die Regierung hat Sachen geplant, die nicht wertvermehrend sind, die sogenannte Instandhaltung. Das kann sie nicht, wenn sie es der Erfolgsrechnung belasten will. Sie muss eine Instandsetzung machen, die teilweise als wertvermehrend gilt. Insofern ist es das, was das Parlament wollte. Das Geld aus der Strassenrechnung bleibt in der Strassenrechnung, der öV erhält genug Geld, und der Kanton hat ein gesetzeskonformes Budget. David Roth hätte eine Alternative vorschlagen können, und das hat er nicht getan. Die Regierung hat einen Vorschlag gemacht, den wir mittragen können.

David Roth: Die SP will keinen budgetlosen Zustand provozieren. Aber unser Parlament kann doch nicht einfach solche Massnahmen beschliessen, nur damit das Budget gesetzeskonform bleibt. Wir lügen uns selber an und lassen die Bevölkerung im Dunkeln. Unser Parlament hätte ebenso das Recht, ein nicht gesetzeskonformes Budget zu beschliessen und die Schuldenbremse auszusetzen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Das Ziel war, mit der Botschaft B 132 den öV auszufinanzieren. Jetzt haben wir eine andere Lösung gewählt, weil Ihr Rat diese Botschaft abgelehnt hat. Die Buchungssätze sind rechtlich sauber, daran gibt es nichts zu rütteln. Wir haben das, was Sie entschieden haben, wieder ausgebügelt und entsprechende Anträge gestellt.

Der Rat stimmt dem Antrag der PFK mit 97 zu 16 Stimmen zu.

Antrag PFK zu S. 253 / H6-2052 BUWD – Öffentlicher Verkehr: Auf die Neuregelung der Mittelverteilung für Strassen und öV ist zu verzichten und das Globalbudget 2019 der Erfolgsrechnung (Aufwandüberschuss) um 6,337 Mio. Franken zu erhöhen (= Verschlechterung).

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Die PFK hat diesen Antrag mit 14 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen. Ich bitte Sie, der PFK zu folgen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 115 zu 0 Stimmen zu.

David Roth zieht den folgenden Antrag 12 zurück:

Antrag Roth David zu S. 290 / H9-4061 FD – Steuern: Erhöhung des Globalbudgets um 2,2 Mio. Franken (Mehrertrag).

Fraktionserklärungen

Für die GLP-Fraktion spricht Michèle Graber.

Michèle Graber: Die Eckdaten des präsentierten Budgets 2019 sind Schuldenbremse-konform. Für unseren Rat bestand kaum ein Spielraum, um irgendwelche Änderungen vorzunehmen. Somit konnten die im Voranschlag enthaltenen Sparmassnahmen und deren Auswirkungen zwar von uns kritisch hinterfragt werden, aber eine Ablehnung oder Reduktion war nicht möglich, denn dadurch wären die Vorgaben der Schuldenbremse sofort verletzt gewesen mit dem Ergebnis, dass der Voranschlag rechtswidrig gewesen wäre. Die Folgen kennen wir alle: ein budgetloser Zustand. Eine Änderung hätte den Voranschlag fast ins Kippen gebracht. Wie die Regierung und der Rat das Dilemma mit der Umverteilung der 6,3 Millionen Franken mit einem buchhalterischen Trick umgangen sind, ist sicher etwas fragwürdig. Die GLP stimmt dem Voranschlag 2019 nicht gerade mit grosser Begeisterung zu. Die Mehrheit der Stimmbevölkerung hat im letzten Jahr eine Steuererhöhung abgelehnt. Ich erachte es als unsere Aufgabe und es liegt in unserem Verantwortungsbereich, mit den vorhandenen finanziellen Mitteln ein Budget zu verabschieden. Ein budgetloser Zustand ist für uns keine Option. Wir sind mit der festgefahrenen kantonalen Finanzpolitik alles andere als zufrieden. Aber wir bleiben unserer Grundhaltung treu und betreiben klare Sachpolitik und keine billige Wahltaktik. Auch die Eckwerte des AFP sind so ausgerichtet, dass die Schuldenbremse punktgenau eingehalten wird. Aber fast alle wichtigen Positionen, die gegenüber dem früheren AFP zu Mehreinnahmen beziehungsweise Minderausgaben führen sollen, sind höchst unsicher und absturzgefährdet. Dies entspricht aus Sicht der GLP keiner seriösen Finanzplanung, sondern

ist Schönfärberei. Bei den Einnahmen ist man ein Fantast, um die Worte des Finanzdirektors zu verwenden – ja, das stimmt. Nur bei den Ausgaben wurden oder werden die anstehenden Ausgaben nicht aufgeführt mit der Begründung, dies habe man nicht gewusst. Einmal mehr zeigt es sich, dass der kantonale Finanzhaushalt mit der neuen Schuldenbremse in ein zu enges Korsett gesteckt wurde. Gerne zitiere ich eine Textpassage aus der Sessions-Vorschau von Damian Hunkeler in der „Luzerner Zeitung“: „Was uns missfällt, ist die Tatsache, dass die Regierung Einnahmen in die Finanzplanung einbezieht, die mit viel Unsicherheit verbunden sind, wie beispielsweise die Steuervorlage 2020. Die darin enthaltenen Steuererhöhungen lehnt die FDP klar ab. Die Finanzlage entspannt sich, und das ganz ohne weitere Sparpakete. Wir können jetzt den Blick wieder vermehrt auf neue Projekte richten, die den Kanton Luzern in seiner erfolgreichen Strategie zielführend unterstützen und uns weiterbringen.“ Da widersprechen Sie sich selber. Franz Räber versuchte es zu erklären, wir haben es leider noch nicht verstanden. Im AFP haben wir eine Punktlandung, die FDP anerkennt aber, dass die Grundlagen nicht stimmen und lehnt Mehreinnahmen bei den Steuern ab. Aber trotzdem soll kein Sparpaket notwendig sein? Wie wollen Sie dann die Mindereinnahmen ausgleichen, wenn nicht durch weitere Sparmassnahmen? Und dann soll es auch noch genug Geld für die neuen und eindeutig wichtigen Projekte geben? Das ist doch pure Schönfärberei, und den Bürgern wird Sand in die Augen gestreut. Für eine gesunde und fortschrittliche Entwicklung des Kantons Luzern sind finanzielle Mittel notwendig. Beim im Budget angewandten buchhalterischen Trick steht aus Sicht der GLP eine grundsätzliche Frage in der Luft: Die Gelder für den Strassenbau im Kanton Luzern werden – anders als in einigen anderen Kantonen – in einem Fonds parkiert. Dadurch wird die Flexibilität des kantonalen Finanzhaushaltes reduziert. Wenn Strassenprojekte aus irgendeinem Grund nicht sofort realisiert werden können, wäre es sinnvoll, wenn die finanziellen Mittel in anderen Bereichen eingesetzt werden könnten. Es wäre deshalb an der Zeit zu überdenken, den Strassenbau direkt über den Kantonshaushalt zu finanzieren und nicht über einen Fonds. Dass die Luzerner Stimmbevölkerung gegenüber solchen „Sonderkässeli“ kritisch eingestellt ist, zeigt das letzte, deutliche Abstimmungsresultat zum öV-Fonds. Die GLP hat den AFP 2020–2022 nicht genehmigt. Die Zahlengrundlagen entsprachen bei Weitem nicht den finanziellen und politischen Gegebenheiten. Eine neuerliche Revision der Schuldenbremse sowie die Aufhebung von Zweckbindungen ist notwendig, damit der Kantonshaushalt wieder etwas Luft erhält. Dabei geht es nicht darum, einen ungebremsten Abbau des Eigenkapitals oder eine ausufernde Verschuldung zuzulassen, sondern um die Entwicklung von sinnvolleren, praxistauglicheren Budgetregeln. Die Lösung der finanziellen Herausforderungen liegt für die GLP deshalb nicht nur in einer weiteren Überprüfung der Leistungen, sondern auch punktuell in Mehreinnahmen. Diese Mehreinnahmen sollten aus unserer Sicht nach dem Verursacherprinzip und über ökologische Steuern erfolgen.

Für die SP-Fraktion spricht Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Sie haben den AFP genehmigt und werden dem Budget zustimmen. Das, was Sie hier gemacht haben, ist, wie wenn man den ganzen Winter hindurch mit Sommerpneus Auto fahren würde mit der Hoffnung, immer schönes Wetter zu haben und dass schon nichts passieren wird. Die finanzpolitische Kurve werden Sie aber mit den Sommerpneus im Winter nicht kriegen. Bei einem so fahrlässigen Verhalten ist Schlittern vorprogrammiert. Sie stellen die Situation so dar, als ob alles gottgegeben wäre. Ihre Politik der letzten Jahre hat gezeigt: Das einzige, worauf die Menschen sich da draussen verlassen können, ist, dass man sich auf Sie hier drinnen nicht verlassen kann. Wer nicht verlässlich ist, dem vertraut man nicht mehr. Wer Versprechen nicht hält, den nimmt man auch nicht mehr ernst. Am liebsten wäre Ihnen gewesen, über gar keine Anträge und Bemerkungen zu diskutieren. Die Diskussionen über Inhalte sind Ihnen lästig, weil Sie keine eigenen Ideen haben. Der AFP ist ein Planungsinstrument nicht nur der Regierung, sondern auch des Parlaments. Mit unseren Bemerkungen und Anträgen wollten wir den AFP mitgestalten. Wir wollten Schwerpunkte setzen bei der Prämienverbilligung, bei der Mobilität von Menschen mit Behinderungen, bei den Stipendien und bei der Kultur. Wir wollten aber auch den

Angestellten, Lehrpersonen, Polizisten und Richterinnen unsere Wertschätzung zeigen, die immer wieder auf irgendwann vertröstet werden. Wir haben Ihnen auch Mehreinnahmen vorgeschlagen, Sie aber haben alle abgelehnt. Sie zeigen damit, dass Sie den Stillstand im Kanton nur verwalten wollen. Entwicklungsmöglichkeiten im AFP und im Budget sind keine vorhanden. Wir lassen uns auf keine Schlittefahrt mit Ihnen ein. Darum hat die SP-Fraktion den AFP abgelehnt. Auch das Budget müssen wir ablehnen.

Für die FDP-Fraktion spricht Andreas Moser.

Andreas Moser: Zum letzten Mal in dieser Legislatur haben wir ein Budget und einen AFP der Folgejahre behandelt. Die Reise geht weiter, und auch das neue Parlament wird über die Finanzen diskutieren müssen. Trotzdem ist es eine gute Gelegenheit, um eine Zwischenbilanz zu ziehen, wie es um den Kanton steht und ob das, was unser Parlament beschliesst, auch dem Willen einer Mehrheit der Bevölkerung entspricht. Ist es wirklich so, dass es um den Kanton so schlecht steht, wie es uns die Opposition seit drei Jahren weismachen will? Mantramässig wird das finanzielle Desaster heraufbeschworen, Schlagworte wie „Bildungshölle“, „sozialer Raubbau“, „Stillstand“ oder „Schönwetterplanung“ werden uns um die Ohren gehauen, und natürlich ist die Tiefsteuerstrategie an allem schuld. Es ist richtig, dass die aktuelle Strategie des Kantons Luzern anspruchsvoll ist. Die NFA-Ausfälle, die Aufwandsteigerungen, zu langsam wachsende Steuereinnahmen, KP17, OE17 und Unwägbarkeiten von aussen haben Einschnitte erfordert. Wünschbares musste von Machbarem getrennt werden. Beschränkung und Verzicht wurde von allen Bevölkerungsteilen verlangt, und es waren Mehreinnahmen aus dem KP17 notwendig. Dass das gelungen ist, ist primär der Verdienst der Bürgerlichen und wurde ermöglicht durch die Solidarität der Bevölkerung und des Personals. Die Linken haben primär nur gefordert und opponiert. Mitgestalten heisst bei der SP, mehr Geld ausgeben. Zu den Sparmassnahmen haben sie meist kompromisslos Nein gesagt. Zurück zur Frage, wie es um den Kanton steht: Wir können feststellen, dass der Kanton Luzern heute besser dasteht als zu Beginn der Legislatur. Die aktuellen Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: rekordtiefe Schulden, eine griffige Schuldenbremse, steigende Steuereinnahmen und ein überdurchschnittliches Stellenwachstum im Quervergleich. Dazu kommt das neue Finanzleitbild. Das Finanzleitbild bringt den Paradigmenwechsel. Eine Ausgabedisziplin, die wir immer gefordert haben, führt zu ausgeglicheneren Kantonsfinanzen, die Regierung bremst das stetige Wachstum klar ab und gibt nur dort mehr Geld aus, wo es unvermeidbar ist. Das entspricht auch der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung. Sie möchte dem Staat nicht mehr Geld geben, sondern erwartet, dass er die uns anvertrauten Gelder effizient und sparsam einsetzt, denn die Bevölkerung ist insgesamt zufrieden mit den staatlichen Leistungen. Sie will gute, aber keine übertriebenen und überperfekten Leistungen. Die Gewerkschaften und die Personalverbände stehen mit ihren teilweise masslosen Forderungen zunehmend im Widerspruch zu den Bedürfnissen der Bevölkerung. Das haben die Abstimmungen der drei Allianz-Initiativen deutlich gezeigt. Wer einen Blick über den Tellerrand beziehungsweise in das umliegende Ausland wirft, dem wird es noch deutlicher, dass unser staatliches Leistungsangebot in allen Bereichen überdurchschnittlich gut ist. Wer noch mehr fordert, handelt unverantwortlich. Die FDP stimmt dem Budget 2019 zu, das gibt Planungs- und Rechtssicherheit. Wir haben den AFP 2020–2022 unterstützt und damit die langfristige Finanzplanung im Ergebnis. Wir halten an einer konsequenten Ausgabendisziplin fest. Kritikpunkte und die Unsicherheiten bei der SV17 und der AFR18 haben wir angemahnt. Jeder AFP birgt Chancen und Risiken. Für uns sind die Risiken einschätzbar. Wir sind überzeugt, dass der eingeschlagene, konsequent verfolgte Weg zum Ziel führt. Es ist ein Ja aus Optimismus für den Standort Luzern.

Für die CVP-Fraktion spricht Ludwig Peyer.

Ludwig Peyer: Wir haben einen AFP und ein Budget, welche den Geist der Realität und des Pragmatismus atmen. Der AFP sieht weitere Einsparungen vor, lebt also das Finanzleitbild, er sieht aber auch moderate Mehreinnahmen ab 2020 vor. Eigentlich steht im AFP alles, was die CVP schon lange fordert, nämlich: erstens weiter zu sparen und zweitens moderate Mehreinnahmen. Letztlich ist das eben der einzige Weg, wie wir unsere Finanzen

längerfristig wieder ins Lot bringen. So tun wir also mit der Zustimmung zu den beiden „Werken“ lediglich, was wir schon lange sagen. So stelle ich nun zumindest in der politischen Mitte einen Willen zur Problemlösung fest, das freut mich und stimmt mich zuversichtlich. Bei den beiden Polparteien habe ich manchmal das Gefühl, man sei dort eher an der Problembewirtschaftung als an der Problemlösung interessiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite: Ihre Finanzpolitik ist in höchstem Mass widersprüchlich. Da fordert man munter Mehrausgaben, bekämpft aber dann genau die Quellen dieser Mehreinnahmen. Ich erinnere an die verlorene Abstimmung vom letztem Jahr mit dem Steuerzehntel. Mittels eines Bombardements dringlicher Vorstösse wollten Sie uns zudem eine vermeintliche Steuergerechtigkeitsdiskussion aufpfropfen. Sie lenken damit vom eigentlichen Thema ab. Könnte es sein, dass unsere Steuerstrategie eben doch nicht so schlecht ist wie immer dahergeredet? Meines Erachtens reicht es nicht mehr, fern von jeder Lösung seiner Ideologie gemäss zu politisieren, und sich dann aber gleichzeitig für einen Posten in der Regierung zu empfehlen. Ähnlich wirkt das Lamento von ganz rechts. Da werden Nachtragskredite wider besseres Wissen „versenkt“, weil es halt gut tönt und weil man das in der Galerie so hören will. Das zeigt ja der Nachtragskredit in den Bereichen Justiz und Sicherheit exemplarisch. Dafür lehnt man den AFP rundweg ab, sagt aber nicht, was die Alternative ist. Wir sind schon sehr gespannt, wie Sie sich in der Debatte zur Steuergesetzrevision 2020 im nächsten Jahr verhalten werden und wie Sie beispielsweise die Herausforderungen in den Bereichen Justiz und Sicherheit ohne Mehrausgaben zu lösen gedenken. Wir brauchen neue Stellen bei der Polizei und den Gerichten, das wissen auch Sie haargenau. Sie wissen auch haargenau, dass die Schülerzahlen wieder steigen und dass die Gesundheitskosten in den nächsten Jahren auch steigen. Kurzum: Wir erwarten auch von Ihnen dannzumal das nötige Verantwortungsbewusstsein, immerhin sind Sie ja in der Regierung vertreten. Die CVP sagt, was sie tut, und sie tut heute, was sie schon lange sagt: Sie sagt Ja zum vorliegenden Voranschlag und zum AFP zusammen mit der FDP, die ebenfalls Verantwortung übernimmt.

Für die Grüne Fraktion spricht Monique Frey.

Monique Frey: Die Debatten zur Finanzplanung und zum Budget lassen mich etwas ratlos zurück. Die Bürgerlichen jublieren, und sie haben die Finanzplanung angenommen, obwohl die FDP und die SVP bereits angekündigt haben, dass sie die AFR18 und die Steuergesetzrevision ablehnen werden; sie werden keiner Steuererhöhung zustimmen. Es ist also vorhersehbar, dass das Budget nächstes Jahr nach den Wahlen wieder arg unter Druck stehen wird. Die Mehrerträge aus der Steuergesetzrevision und der SV17 können nicht mehr eingerechnet werden. Um die Schuldenbremse einhalten zu können, müssen wir im Oktober 2019 wahrscheinlich erneut ein Sparbudget schnüren und Einsparungen vornehmen, die wiederum sozial Schwächere treffen, etwa bei der Prämienverbilligung oder bei der Bildung. Sie haben immer erklärt, dass die Stimmbevölkerung etwas anderes wolle. Die Abstimmungsergebnisse waren fast hälftig geteilt, obwohl eine Mehrheit Ihre Finanzpolitik noch teilt. Wir dürfen aber die Minderheit nicht vergessen. Die Steuergesetzrevision wurde nur von 54 Prozent der Bevölkerung abgelehnt. Mit dem aktuellen Budget erfolgt zwar keine offensichtliche Sparrunde, aber die Einsparungen der letzten Jahre konnten nicht korrigiert werden. Keine unserer Forderungen wurde erfüllt. Die Erhöhung der Sollarbeitszeit des Staatspersonals und die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen wurden nicht rückgängig gemacht. Sie wollten auch nicht in Steuerexperten investieren, um einen Mehrertrag zu erzielen. Wir bringen Vorschläge für Mehreinnahmen; leider werden diese aber nicht angenommen, denn es könnte sein, dass Ihre Klientel davon betroffen wäre. Zusätzliche Stellen im Staatsarchiv wurden abgelehnt, und die Stipendien wurden nicht auf die 10,5 Millionen Franken erhöht, wie es 2013 vereinbart worden war. Diese Abmachung wird nicht eingehalten. Das ist für mich ein Zeichen einer Politik, von der die Bevölkerung immer weniger hält. Manchmal kann ich das „Politiker-Bashing“ wirklich verstehen. Auch bei der individuellen Prämienverbilligung sind Sie nicht bereit, mehr zu investieren. Es gab zwar eine kleine Erhöhung, aber für die Armutsprävention bräuchte es viel mehr. Wir sind froh, dass die PFK wenigstens eine

kreative Lösung gefunden hat und die Verschiebung der fehlenden 6,3 Millionen Franken von den Strassen zum öV nicht erfolgt. Das Finanzleitbild wurde etwas geritzt. Laut Aussagen des Finanzdirektors kann das auch in Zukunft geschehen. Wie sollen wir aber eine solche kreative Lösung der Bevölkerung erklären? Wir können uns nicht jedes Jahr hinter einer solchen Lösung verstecken. Ohne diese Lösung wären wir aber noch nicht bei der Schlussdebatte angelangt, sondern würden noch um die 6,3 Millionen Franken feilschen. Wahrscheinlich hätte es wieder die sozial Schwächsten getroffen. In diesem Fall hätten Sie aber noch vor den Wahlen erklären müssen, wo Sie weitere Einsparungen machen wollen. Davor haben Sie sich berechtigterweise gefürchtet. Für uns ist es ein Auftrag aufzuzeigen, was der Kanton Luzern mit seiner Finanzstrategie erreicht hat, die er seit zehn Jahren verfolgt. Uns ist es wichtig, der Bevölkerung zu erklären, welche Strategie wir weiterverfolgen wollen. Wir wollen eine Weiterentwicklung für den Kanton Luzern und keine weiteren Einschränkungen für die Bevölkerung. Deshalb stehen wir für die Steuergesetzrevision ein, auch wenn sie unserer Meinung nach noch zu wenig weit geht. Wir werden uns also noch harte Diskussionen liefern. Die Grüne Fraktion lehnt das Budget ab.

Für die SVP-Fraktion spricht Urs Dickerhof.

Urs Dickerhof: Die Regierung hat uns ein Budget vorgelegt, das korrekt, gesetzeskonform und im Rahmen des zurzeit Möglichen ist – eigentlich in Ordnung. Es ist weder ein bürgerlicher Kompromiss noch irgendetwas sonst, und die Regierung stellt damit sicher, dass alle Leistungen erfüllt werden können. Nur die Linken sehen es nicht so. Wir haben in den letzten sechs Stunden das Parteiprogramm der Linken gehört und dass wir unseren Kanton weiterbringen können, wenn wir unser Budget wieder überstrapazieren und mehr Geld ausgeben, als wir einnehmen. Im letzten Jahr musste gespart und justiert werden. Dieses Jahr muss niemand zusätzlich Federn lassen, aber die Linken wollten das Budget zusätzlich mit Federn versehen. Von den 40 Anträgen führt die Mehrheit zu einer Aufstockung der zukünftigen Ausgaben oder einer Steigerung des Defizits. Wenn wir knapp 40 Anträge im Rat behandeln müssen, steht es wirklich schlecht mit unserer Rats- oder Kommissionseffizienz, und es war für die Galerie ohne eigentlichen Nutzen, ausser vielleicht für das Fernsehen. Im Fussball würde man sagen: „Eine schöne Biccicleta, aber neben dem Goal vorbei.“ Wir von der SVP haben eine klare Haltung: Wir wollen, dass das Finanzleitbild umgesetzt wird. Wir sind gegen die Erhöhung der Gewinn- oder Vermögenssteuer. Wir wollen die Anschlussgesetzgebung zur SV17 umsetzen, und wir machen eine wirtschaftsfreundliche Politik. Hier bietet die SVP Hand für eine gestalterische Politik. Sehr geehrte Herren Regierungsräte, wir hoffen, Sie nehmen dieses Angebot an, denn eine wirtschaftsfreundliche Politik fördert den Wohlstand, und nur durch diesen Wohlstand können wir über solche Themen, die von der linken Seite immer wieder vorgebracht werden, überhaupt diskutieren. Ich weiss nicht, ob es wirklich so ist, aber geschätzte Ratslinke, wollen Sie unseren Kanton wirklich immer schlechttreden? Ich verstehe nicht, warum immer noch mehr Leute in unseren Kanton ziehen wollen, obwohl er doch so schlecht ist. Es wurde von linker Seite gesagt, sie mache für eine Minderheit Politik. Wir machen sie für die Mehrheit, und das wird auch in diesem Rat repräsentiert. Oder ich sage es mit den Worten von Churchill: „Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich den Ansichten anderer Leute zu beugen.“ Die SVP-Fraktion stimmt dem Voranschlag zu.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2019 des Kantons Luzern, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 90 zu 22 Stimmen zu.